

„Identitätspolitik – Sackgasse oder Chance?“

Podiumsdiskussion am 17. November 2022 in Hannover



Stephan Meuser

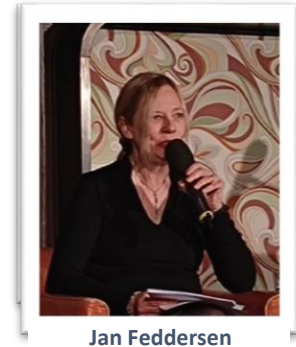
Am 17.11.2022 lud das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ins Intercity Hotel Hannover ein zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Identitätspolitik – Sackgasse oder Chance?“. Dieses öffentlich stark polarisierende Thema sollte in angemessenem Rahmen vermittelt und diskutiert werden. Die Teilnehmer_innen wurden von **Stephan Meuser** (Leiter des Landesbüros Niedersachsen der FES) begrüßt. Er wies besonders auf die politische Brisanz des Gebiets hin, dessen Debatten in der jüngsten Vergangenheit an Fahrt aufgenommen hätten.

Dies bekräftigte auch **Bernd Lange** (Mitglied des Europäischen Parlaments) in seinen einführenden Worten. Er beobachtete eine Zersplitterung der progressiven Kräfte durch Identitätsbewegungen und damit einhergehend eine Stärkung insbesondere der rechten Ränder. Die Antwort des progressiven Spektrums auf identitätspolitische Fragen müsse jedoch geschlossen erfolgen, um politische Erfolge erzielen zu können. Lange sieht in der identitätspolitischen Debatte eine Polarisierung dadurch, dass die eigene Identität häufig durch Abgrenzung von anderen erfolge. Die gesellschaftliche Vielfalt sei es also, die die Identitätspolitik zu dem brisanten Thema machten, welches es ist. Während zur Zeit der Fokus noch viel auf Unterschieden verschiedener Identitäten liege, sollten zukünftig lieber die Gemeinsamkeiten betont werden, so der Politiker. Unverzichtbar sei hierfür ein konstruktiver Dialog, was er anhand von Beispielen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung erläuterte. Er erwarte eine spannende Diskussion und hoffe auf zukunftsorientierte Lösungsansätze.



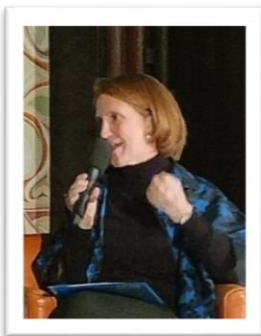
Bernd Lange

Das anschließende Streitgespräch wurde von **Cosima Schmitt** (Journalistin und ZEIT-Autorin) moderiert. Sie problematisierte einleitend den Begriff der Identitätspolitik als schwierig zu definieren und bewegend. Die Frage nach einer Definition der Identitätspolitik gab Schmitt anschließend in die Diskussion, zunächst an **Prof. Dr. Silke van Dyk**, Professorin für Politische Soziologie an der Uni Jena. Auch sie erkannte an, dass der Begriff mit all seinen anhängenden Debatten und Meinungen weit gefasst würde. Bedenkenswert sei dessen Prägung dann, wenn er genutzt



Jan Feddersen

werde, um berechtigte Interessen abzuwerten. Dabei widersprächen insbesondere linke Ideologien nicht der Identitätspolitik, da sich identitäre Bewegungen häufig auf das Ideal der Gleichheit beriefen. Im Bezug auf Bernd Lange äußerte van Dyk die Meinung, dass nicht die Bewegungen ihre Identität durch Abgrenzung definierten, sondern viel mehr die Antwort auf Diskriminierung, die tatsächliche Abgrenzung, seien. Ihr Diskussionspartner **Jan Feddersen** (Journalist bei der taz und Co-Autor von „Kampf der Identitäten: Für eine Rückbesinnung auf linke Ideale“) erläuterte ebenfalls, dass es seiner Ansicht nach keine allgemeingültige Definition des Begriffs „Identitätspolitik“ gäbe. Er habe für sich jedoch eine Näherung des Begriffs erarbeitet: Den Aufbruch derer, die glauben „unsagbar geworden zu sein“. Sein Ideal sei eine Identität als Mensch, der auch wirklich nur Mensch sein könne. Feddersen machte deutlich, dass er persönlich sich keinen Wert (z.B. queer) von außen zuschreiben lassen wollte. Was er ist und was seine sogenannte Normalität ist, entscheide er selbst.



Prof. Dr. Silke van Dyk

Aufbauend auf diesen Grundannahmen führten die Gesprächsteilnehmer_innen ihre Gedanken weiter aus. Prof. van Dyk bezog sich auf Feddersens Idee der selbstbestimmten Normalität und verwies darauf, dass nicht jeder sein „normal“ leben könne. Abgesehen davon glaubt van Dyk auch nicht, dass es eine echte Normalität überhaupt gibt, da die Personen, die nicht der Norm entsprächen, in der Mehrheit seien. Sie schlug zwei Stufen in der Emanzipation vor, um eine erfolgreiche Identitätspolitik zu gestalten. Zunächst müssten Misstände sichtbar gemacht werden, um dann einen Übergang zum wünschenswerten Zustand der Gleichheit aller Menschen zu erreichen. Erschwerend sei hierbei, dass es sich beim Ringen um die eigene Identität und deren Anerkennung auch um einen Machtkampf handle zwischen Minderheiten und den Privilegierten, welche am aktuellen Zustand festhalten wollten. Außerdem seien die verschiedenen Bewegungen untereinander gespalten. Jan Feddersen hielt dagegen, dass es in Deutschland bereits gute Grundlagen in Gesellschaft und Politik für eine Emanzipation gäbe. Auch wenn bisher vorwiegend linke Ideen sich in der Identitätspolitik durchgesetzt hätten, gäbe es auf dieser guten Basis auch bürgerliche Bewegungen, die gute Identitätspolitik betrieben. Er hielt es außerdem für zentral, dass diskriminierte Personen ihre Bedürfnisse äußern könnten. Van Dyks Meinung, dass die vermeintlichen Minderheiten insgesamt eine Mehrheit darstellten, widersprach der Journalist, weil es für ihn die angenommene Norm nicht gäbe, diese definiere schließlich jeder für sich.

Neben dem Inhalt der identitätspolitischen Debatten diskutierten die beiden auch über die Art und Weise, wie diese geführt würden. Jan Feddersen kritisierte, dass durch die Instrumentalisierung von Einzelfällen auch die politische Linke angegriffen würde. Kritik und der Verweis auf Ideale seien als Diskussionsmittel zwar zulässig, dürften allerdings nicht in einem Verbot anderer Meinungen enden. Eine Diskussionskultur, die von Erziehung und Belehrung geprägt ist, sei nicht wünschenswert. Man müsse offen miteinander sprechen können und auch gegensätzliche Moralvorstellungen teilen können, sofern die Grenzen der Meinungsfreiheit beachtet würden. So sei etwa Homophobie unzulässig. Dem konnte auch die Professorin zustimmen: Es gäbe kein „Recht auf Diskriminierung“. Es sei außerdem zwischen einem grundsätzlichen Verbot der Diskussion und einem Bestehen auf dem Respekt voreinander als Einschränkung der freien Meinungsäußerung zu unterscheiden. Zu diesem Zweck könne man zumindest die Wortwahl der Debatte einschränken.

In den abschließenden Wortbeiträgen des Streitgespräches vertrat der taz-Journalist die Ansicht, dass die identitätspolitischen Debatten nicht deswegen pauschal vermieden werden sollten, da sie den Rechten nutzen könnten. Es gäbe allerdings kein klares Konzept für eine linke Identitätspolitik. Lediglich sei von hoher Bedeutung, dass nicht nur Identitäten herausgestellt und Ideale oder Kritik präsentiert würden. Es müssten auch praktische Lösungen für die polarisierenden Debatten etwa um rassistische Vorfälle in den Sicherheitsbehörden gefunden werden. Schließlich sei Ziel der Identitätsbewegungen, dass alle Menschen normal seien und nicht sie selbst besonders. Van Dyk merkte dazu an, dass es keinen objektiven Standpunkt und eine damit verbundene allgemeingültige Normalität gebe. In der Identitätspolitik solle daher mehr über Solidarität miteinander geredet werden, da die Gesellschaft durch Vielfalt geprägt sei. Die bisherigen Debatten hätten viel wertvolle Kritik hervorgebracht. Wenn diese aber auf zu viele zu kleine Aspekte abzielten, wäre der praktische Nutzen nur sehr gering. Des Weiteren verwies sie darauf, dass sich die politische Rechte sich einzelne Aufhänger, zum Beispiel die gendergerechte Sprache suche, um ihre Gegner abzuwerten. Sie beobachte allerdings auch, dass nicht immer ein Abwehrkampf einer vermeintlichen rechten Minderheit in den Debatten mitspiele, sondern diese scheinbar rechten Meinungen durchaus durch eine Mehrheit der Bevölkerung vertreten würden.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion hatte das Publikum die Gelegenheit, Fragen oder Anmerkungen an die Gäste zu stellen. Aus den Reihen der Zuschauer_innen wurde einerseits die Kritik laut, dass emanzipatorische Bewegungen sich zu wenig selbst reflektieren würden, beispielsweise durch die Ausblendung von historischen Aspekten. Diese könnten die eigene Identität und Position in der Gesellschaft infrage stellen und möglicherweise auf ein viel größeres Problem hinauslaufen. Die Professorin entgegnete, dass auch das nicht das berechnete Interesse der Unterdrückten nach Gleichberechtigung einschränke. Man müsse verschiedene Herausforderungen angehen, dürfte sie aber nicht gegeneinander ausspielen. Der Prozess hin zur Gleichberechtigung benötige Zeit und die Gesellschaft in den Debatten mehr Gelassenheit und Offenheit gegenüber anderen Ansichten. Ihr Diskussionspartner führte im Hinblick auf das zur Kritik angeführte Beispiel der „Black Lives Matter“ – Bewegung an, dass diese durchaus überlegt hatte, ob nicht auch andere Themen bedeutender als ihre

Probleme, wie beispielsweise Armut, bedeutender wären. Er sah als Problem, dass die Diskussionen um Gleichberechtigung und Identität eher von oben nach unten geführt würden als andersherum.

Aus dem Publikum wurde noch das Thema geschlechtsneutrale Toiletten in Schulen in der Region Hannover aufgebracht. Zur Frage, ob mögliche Debatten über eine Einführung dieser Einrichtungen in weiteren öffentlichen Gebäuden zu sehr polarisieren könnten, bezogen Silke van Dyk und Jan Feddersen ebenfalls Position. Erstere äußerte, dass die Diskussionen mehr grundsätzlich und weniger im symbolischen, emotional behafteten Einzelfall zu führen seien. Die Problematik hinter den Toiletten habe daher nicht das Gewicht wie die größere Thematik der Geschlechtergerechtigkeit. Dem widersprach der Journalist und erklärte, gewisse Dinge hätten eine Beachtung trotz ihrer vermeintlich geringen Auswirkung verdient und müssten – so auch das genannte Beispiel – im Detail diskutiert werden.

Das Fazit der beiden Gäste zur Frage des Tages, nämlich dem Titel der Veranstaltung, fiel ebenfalls unterschiedlich aus. Feddersen war wichtig, dass die Bedeutung der Inhalte in den identitätspolitischen Debatten für den Alltag beachtet würde. Außerdem problematisierte er die Debattenkultur, die seiner Meinung nach von oben herab festgelegt würde. Währenddessen stellte van Dyk heraus, dass die vielen emotionalen Debatten auch das Potenzial hätten, viel zu verändern. Nach diesen Statements moderierte Cosima Schmitt die Veranstaltung ab und äußerte die Hoffnung, dass das Publikum der Diskussion einige fruchtbare Impulse hätte entnehmen können.